

Eidgenössische Räte – Wintersession 2019

Alters- und generationenpolitische Vorlagen

Auszug aus «Die Sitzungen in Kürze (Keystone-SDA)»

Schlussabstimmungen (20.12.2019)

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen. Zehn Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach. Unter den alters- und generationenpolitischen Vorlagen wurde das Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung mit 142 zu 55 Stimmen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt. Es garantiert einen Betreuungsurlaub von bis zu zehn Tagen pro Jahr für Angehörige kranker Personen und ermöglicht Eltern schwerkranker Kinder bis zu 14 Wochen Urlaub. Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Chronologisch (Themen alphabetisch)

ARBEIT / ARBEITSLOSIGKEIT

SR 12.12.19 Ausgesteuerte Arbeitslose über 60 sollen künftig Überbrückungsleistungen erhalten. Der Ständerat hat ein entsprechendes Gesetz angenommen. Allerdings hat er die Vorlage erheblich abgeändert. Nach dem Vorschlag des Bundesrates würde die Überbrückungsleistung (ÜL) bis zur ordentlichen Pensionierung ausgerichtet. Der Ständerat dagegen will sie nur bis zur Frühpensionierung ausrichten - bis der Vorbezug einer Altersrente möglich ist. Er hat einen Antrag von Ruedi Noser (FDP/ZH) mit 23 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Ausserdem will der Ständerat eine tiefere Obergrenze festlegen als der Bundesrat vorschlägt.

SR 19.12.19 Angestellte müssen während des Bezugs von Kurzarbeits- oder Schlechtwetterentschädigung keine Zwischenbeschäftigung mehr suchen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Gesetzesänderung zugestimmt. Die kleine Kammer hiess die Vorlage einstimmig gut. Kurz diskutiert wurden einzig die neuen Kriterien zur Verlängerung der Höchstbezugsdauer. Der Ständerat folgte schliesslich auch in diesem Punkt den Anträgen des Bundesrats und des Nationalrats. Neu im

Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung verankert hat der Ständerat eine Bestimmung, die es Kantonen weiterhin erlaubt, die Informationssysteme des Bundes gegen Entschädigung der Kosten zu benutzen. Wegen dieser Differenz geht die Vorlage nun noch einmal an den Nationalrat.

NR 12.12.19 Der Nationalrat will nicht, dass ein Teil der Nationalbankgewinne für die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser und für die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt verwendet wird. Er hat eine parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Carlo Sommaruga (SP/GE) abgelehnt. Die grosse Kammer folgte mit 121 zu 69 Stimmen bei 6 Enthaltungen ihrer vorberatenden Bildungscommission. Nur bei Links-Grün stiess das Anliegen auf Sympathie. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Sommaruga forderte, dass pro Jahr 300 Millionen Franken aus der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an den Bund in einen Fonds für Weiterbildung und berufliche Eingliederung fliessen.

AUSBILDUNG

NR 20.12.19 Ausbildungszulagen werden künftig schon ab 15 Jahren ausbezahlt. Das hatte das Parlament im Herbst bei der Revision des Familienzulagengesetzes beschlossen. Nun hat der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von Stefan Müller-Altermatt (CVP/SO) abgeschrieben, die Ausbildungszulagen ab Beginn der nachobligatorischen Ausbildung fordert. Für die Mehrheit ist dem Anliegen des Vorstosses bei der verabschiedeten Reform genügend Rechnung getragen worden. Eine linke Minderheit wollte die Behandlungsfrist für die Initiative dagegen verlängern, um eine Vorlage auszuarbeiten, die sicherstellt, dass die Ausbildungszulage in jedem Fall direkt ab Beginn der Ausbildung und nicht erst ab Vollendung des 15. Altersjahres ausgerichtet wird.

BETREUUNG

SR 4.12.19 Wer Angehörige betreut, soll dafür bis zu zehn Tage bezahlten Urlaub pro Jahr erhalten, pro Ereignis höchstens drei Tage. Eltern schwerkranker Kinder sollen bis zu 14 Wochen Betreuungsurlaub nehmen können. Das hat das Parlament beschlossen. Nach dem Nationalrat hat am Mittwoch auch der Ständerat dem Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung zugestimmt. Eine Differenz zwischen den Räten besteht noch. Bei den Ergänzungsleistungen (EL) beschloss der Ständerat stillschweigend, die mit der letzten EL-Reform im Frühjahr eingeführten Mitzinsmaxima anzupassen

und einen garantierten Mietzinsbetrag für jene EL-Bezügerinnen und -Bezüger festzulegen, die in Wohngemeinschaften leben.

DATEN / DATENSCHUTZ / PÄDOSEXUELLE

NR 16.12.19 Der Nationalrat hat fünf Motionen seiner Staatspolitischen Kommission von der Tagesordnung gestrichen. Die Kommission verlangt, dass Versicherer zusätzliche Daten von Kranken- und Unfallversicherung sowie IV oder Altersvorsorge erhalten. Die Versicherungen würden dadurch zusätzliche Aufgaben übernehmen. Aus terminlichen Gründen konnten sich die zuständigen Kommissionen jedoch noch nicht mit den Forderungen befassen. Dafür sollen sie nun Zeit erhalten. Die Motionen werden in der Frühjahrssession wieder traktandiert.

SR 18.12.19 Der Ständerat will den Schutz persönlicher Daten verstärken und die Regeln für sogenanntes Profiling verschärfen. Bei der Revision des Datenschutzgesetzes weicht er damit von verschiedenen Beschlüssen des Nationalrats ab. Das Ziel sind EU-kompatible Regeln. In der Gesamtabstimmung nahm die kleine Kammer das Datenschutzgesetz mit 29 zu 4 Stimmen an. Die laut Justizministerin Karin Keller-Sutter nun "ausgewogene Vorlage" geht zurück an den Nationalrat. Dort dürften die Änderungen wiederum zu langen Diskussionen Anlass geben. Der Ständerat hat das Gesetz gegenüber der nationalrätlichen Version klar verschärft. Die kleine Kammer verfolgte dabei drei Prämissen: ein mindestens gleiches Schutzniveau wie heute, ein mit EU-Recht kompatibles Gesetz, zudem ein Kompromiss beim sogenannten Profiling.

NR 20.12.19 Der Bundesrat prüft, welche rechtlichen, technischen und sonstigen Massnahmen nötig sind, damit Kinder und Jugendliche nicht ungehindert zur Herstellung von kinderpornografischem Material erpresst oder angeleitet werden können. Ein entsprechendes Postulat von alt Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP/ZH) hat die grosse Kammer stillschweigend überwiesen. Es brauche rasche Massnahmen, "damit diese Form der pädosexuellen Gewalt nicht via die Digitalisierung zu einem Flächenbrand wird, den wir nicht mehr löschen können", machte Quadranti geltend. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.

FRANCHISEN / PRÄMIEN

SR 4.12.19 Junge Erwachsene sollen nicht dafür geradestehen müssen, dass ihre Eltern die Krankenkassenprämien nicht bezahlten, als sie noch Kinder waren. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zwei Motionen mit diesem Anliegen angenommen. Eine davon stammt aus dem Jahr 2017. Damals war der Bundesrat noch skeptisch. Er machte unter anderem Umsetzungsprobleme geltend und beantragte

Ablehnung. Inzwischen sind die unbezahlten Prämien stark gestiegen. Daher anerkennt nun auch der Bundesrat den Handlungsbedarf. Er beantragte, einen neuen Vorstoss mit dem gleichen Anliegen anzunehmen. Im Gesetz soll verankert werden, dass die Eltern Schuldner der Prämien des Kindes bleiben, wenn das Kind volljährig wird und die Unterhaltspflicht endet.

NR 10.12.19 Der Nationalrat will nicht, dass die Krankenkassenprämien in Bezug auf eine Referenzfranchise von 1500 Franken berechnet werden. Er hat eine parlamentarische Initiative von Philippe Nantermod (FDP/VS) mit 115 zu 26 Stimmen bei 45 Enthaltungen abgelehnt. Aus Sicht der Mehrheit würde dies zu höheren Prämien für jene führen, welche wegen hoher Gesundheitskosten eine tiefe Franchise gewählt haben. Das widerspreche dem Grundgedanken der Solidarität, befanden die Gegner. Lorenz Hess (BDP/BE) warnte auch vor Unglaubwürdigkeit. Kurz vor den Wahlen habe der Rat in einer "spektakulären Kehrtwende" eine Erhöhung der Franchisen abgelehnt. Nantermod gab zu bedenken, mit seinem Vorschlag könnten weiterhin tiefere Franchisen gewählt werden.

GESUNDHEIT

SR 4.12.19 Bei den neuen Regeln für die Zulassung von Ärztinnen und Ärzten sind die Räte weit von einer Einigung entfernt. Eine der bedeutendsten Differenzen betrifft die vom Nationalrat beschlossene Verknüpfung mit der Vorlage zur einheitlichen Finanzierung des Gesundheitswesens. Der Ständerat lehnt das ab, weil die Kantone mit dem geplanten Systemwechsel nicht einverstanden sind. Daneben gibt es weitere Differenzen. So hat der Ständerat etwa den zwingenden Zulassungsstopp für den Fall eines überdurchschnittlichen Kostenanstiegs in einem medizinischen Fachgebiet abgelehnt. Die Vorlage geht nun ein letztes Mal zurück an den Nationalrat.

SR 4.12.19 Der Bundesrat soll prüfen, ob der Bund die Preise einzelner Hilfsmittel für Behinderte selber festsetzen könnte, so wie dies bei den Arzneimitteln geschieht, die auf der Spezialitätenliste figurieren. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat gutgeheissen. Ziel sei es, Menschen mit Behinderungen den Zugang zum technologischen Fortschritt bei Hilfsmitteln zu gewähren, sagte Kommissionssprecherin Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG). Im Zentrum stehen Prothesen, die oft teuer sind. Heute werden nur die Kosten von Hilfsmitteln übernommen, die einfach, zweckmässig und wirtschaftlich sind.

NR 9.12.19 Der Nationalrat ist gegen eine Gebühr, die bei jeder neuen Konsultation in einer Arztpraxis oder einem Spitalambulatorium in bar bezahlt werden müsste. Er hat einer parlamentarischen Initiative von Ratsmitglied Thomas Burgherr (SVP/AG)

keine Folge gegeben. Der Entscheid fiel mit 136 zu 52 Stimmen bei 1 Enthaltung. Mit dem Nein ist der Vorstoss vom Tisch. Burgherr sprach von 30 bis 40 Franken im Spital und 15 bis 20 Franken in Arztpraxen. "Der Betrag soll spürbar sein, aber nicht wehtun." Anders hatte der Nationalrat bei einer ähnlichen parlamentarischen Initiative vor Wochenfrist entschieden Wer die Notaufnahme eines Spitals aufsucht, soll demnach künftig eine Gebühr von rund 50 Franken bezahlen müssen - es sei denn, er oder sie muss hinterher stationär behandelt werden.

NR 16.12.19 Eine Ausbildungsoffensive und mehr Kompetenzen sollen mehr Menschen dazu bringen, sich zu Pflegefachleuten ausbilden zu lassen und den Beruf auszuüben. Der Nationalrat hat am Montag die Debatte über die Pflegeinitiative und einen indirekten Gegenvorschlag dazu aufgenommen. Die Vorschläge sind umstritten. SVP, FDP, GLP sowie die Mehrheit der Mitte-Fraktion wollen die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Eine Minderheit der Mitte-Fraktion sowie SP und Grüne wollen für ein Ja eintreten. Der indirekte Gegenvorschlag der Gesundheitskommission stösst zwar auf mehr Sympathien, aber nicht auf vorbehaltlose Gegenliebe. SP, FDP, Grüne, die Mitte-Fraktion mit CVP, BDP und EVP sowie die GLP wollen ihn grundsätzlich mittragen, aber teilweise abändern. Nicht darauf eintreten will die SVP.

NR 17.12.10 Mit einer Ausbildungsoffensive und mehr Verantwortung für Pflegende will der Nationalrat den Pflegeberuf stärken. Er lehnt zwar die Pflegeinitiative ab, kommt aber beim indirekten Gegenvorschlag den Initianten entgegen. Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Pflegeinitiative mehr Pflegepersonal und eine Stärkung der Pflege. Der Nationalrat empfiehlt sie mit 107 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Ja-Stimmen kamen von SP und Grünen, aber auch aus der FDP und der Mitte-Fraktion von CVP, BDP und EVP. Mit 124 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen hat der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag seiner Gesundheitskommission (SGK). Dieser kommt in einem zentralen Punkt, nämlich der Möglichkeit für Pflegende, Leistungen direkt mit den Kassen abzurechnen, den Initiantinnen und Initianten entgegen. Die Kommission hätte diese Bestimmung enger fassen wollen und eine Vereinbarung zwischen Leistungserbringer und Versicherung als Voraussetzung gewollt.

SR 19.12.19 Die Frist für die Behandlung der Pflegeinitiative im Parlament ist um ein Jahr verlängert worden, bis zum 7. Mai 2021. Der Ständerat tat dies als Zweitrat, nachdem der Nationalrat in der laufenden Session einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative genehmigt hat, über den der Ständerat nun ebenfalls zu befinden hat. Der Gegenvorschlag enthält mehr Kompetenzen für Pflegende bei der Abrechnung

ihrer Leistungen mit den Krankenkassen sowie eine Ausbildungsinitiative in der Pflege.

HEIRATSSTRAFE

SR 17.12.19 Der Vorlage des Bundesrats zur Beseitigung der Heiratsstrafe droht im Parlament der Absturz. Die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK) hat deswegen eine Übergangslösung mittels Motion vorgeschlagen. Doch diese hat die kleine Kammer abgelehnt. Mit 26 zu 15 Stimmen sprach sich der Ständerat gegen den Vorstoss aus. Dieser ist damit vom Tisch. Die WAK hatte als Übergangslösung eine Erhöhung des Sozialabzugs oder des Zweiverdienerabzugs für Ehepaare vorgeschlagen. Damit sollten Verheiratete um rund 1,4 Milliarden Franken entlastet werden. Bereits am (morgigen) Mittwoch wird sich der Nationalrat mit der eigentlichen Vorlage befassen. Wie der Ständerat in der Herbstsession sprach sich auch die vorberatende Kommission für die Rückweisung an den Bundesrat aus.

NR 18.12.19 Der neue Vorschlag des Bundesrats zur Beseitigung der Heiratsstrafe bei der Bundessteuer ist gescheitert; der Bundesrat muss noch einmal über die Bücher. Der Nationalrat hat als Zweitrat entschieden, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen. Er folgte mit 113 zu 80 Stimmen dem Ständerat und einer knappen Mehrheit seiner Wirtschaftskommission (WAK). Diese hatte bemängelt, dass der Vorschlag des Bundesrats den verschiedenen Lebens- und Familienformen nicht gerecht werde, indem neu Konkubinatspaare bestraft würden. CVP und SVP warfen dem Ständerat und den Befürwortern der Rückweisung Arbeitsverweigerung vor. Sie hätten die Vorlage beraten wollen. Auch Finanzminister Ueli Maurer hätte sich eine Beratung der Vorlage gewünscht.

INVALIDENVERSICHERUNG

NR 10.12.19 IV-Rentnerinnen und -Rentner sollen für ihre Kinder nicht weniger Geld erhalten. Der Nationalrat verzichtet in neuer Zusammensetzung nach den Wahlen darauf, die Kinderrenten um einen Viertel zu senken. Im Ständerat war eine Kürzung chancenlos gewesen. Am Dienstag ist der Nationalrat nun mit 134 zu 51 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Ständerat gefolgt, gegen den Willen seiner Kommission. Eine Kürzung der Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent einer IV-Rente ist damit vom Tisch. Der Nationalrat hält jedoch daran fest, die Kinderrenten umzubenennen. Sie sollen neu "Zusatzrente für Eltern" heissen. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

NR 20.12.19 Die IV soll Entscheide und Mitteilungen so kommunizieren, dass zumindest die Kernbotschaft von einer durchschnittlichen versicherten Person verstanden wird. Die Verfügungen sollen künftig mit einer Erklärung in leichter Sprache ergänzt

werden, welche den wesentlichen Inhalt enthält. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat eine Motion von Beat Flach (GLP/AG) stillschweigend angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Der Bundesrat zeigt sich mit dem Anliegen einverstanden. Er will die neuen Regeln in die Zielvereinbarungen des Bundes mit den kantonalen IV-Stellen integrieren.

KINDERMEDIZIN / KINDERSPITAL

SR 4.12.19 Die heutigen Tarifstrukturen decken die Leistungen von Kinderspitälern oft ungenügend ab, in den Kassen fehlen Millionen. Mit einer Motion will der Ständerat den Bundesrat beauftragen, Abhilfe zu schaffen und die Finanzierungslücken zu schliessen. Hintergrund sind vier Standesinitiativen. Die Gesundheitskommission fasste die Anliegen in einem eigenen Vorstoss zusammen. Für die ungenügende Finanzierung gibt es laut Kommissionssprecherin Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG) verschiedene Ursachen. Dazu gehört nach ihren Angaben etwa, dass die Leistungen für Patienten und Patientinnen mit schweren Geburtsgebrechen in den Tarifen nicht adäquat abgebildet werden. Der Bundesrat ist bereit, das Problem anzupacken. Nun muss noch der Nationalrat entscheiden.

SR 12.12.19 Der Ständerat will den Bundesrat beauftragen, für eine bessere Vergütung der Leistungen in der Kinder- und Jugendmedizin zu sorgen. Er hat eine Motion von Damian Müller (FDP/LU) angenommen, mit 25 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Müller argumentierte, die Behandlung von Kindern und Jugendlichen nehme viel Zeit in Anspruch, da Gespräche wichtig seien, um ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Das müsse auch in den Sozialversicherungstarifen abgebildet werden. Zeitliche Limitationen dürften nicht dazu führen, dass die Zeit nur noch für kurative Leistungen reiche. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

SR 12.12.19 Der Ständerat hat eine Motion angenommen mit dem Ziel, Medikationsfehler in der Kindermedizin zu vermeiden. Ärzte und Spitäler sollen E-Health einsetzen müssen. Medikationsfehler träten in der Kindermedizin zehnmal häufiger auf als bei den Erwachsenen, begründete Damian Müller (FDP/LU) den Handlungsbedarf. Die Motion soll Druck ausüben auf Ärzte und Spitäler, damit diese für eine Verbesserung der Medikation von Kindern E-Health-Instrumente einsetzen.

KRANKHEIT

NR 10.12.19 Der Nationalrat ist dagegen, die integrierte Behandlung chronischer Krankheiten zu fördern. Er hat eine Initiative von Philippe Nantermod (FDP/VS) mit 111 zu 76 Stimmen abgelehnt. Mit der Befreiung von der Kostenbeteiligung wollte er einen Anreiz für Patientinnen und Patienten schaffen, die verschriebene Behandlung

einzuhalten. Ein grosser Teil der chronisch Kranken halte sich heute nicht daran, was hohe Zusatzkosten zur Folge habe, argumentierte Nantermod. Die Mehrheit anerkannte den Handlungsbedarf, hielt das Anliegen aber für nicht umsetzbar. Dafür müsste etwa sichergestellt werden, dass Medikamente regelmässig eingenommen würden, sagte Kommissionssprecherin Yvonne Feri (SP/AG). Das führe ebenfalls zu Kosten. Zudem müsste der Bund als Tarifpartner auftreten.

NR 20.12.19 Ärztliche Heilbehandlungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, nicht aber die Leistungen von Ärztenetzen, die integrierte Versorgung anbieten. Das soll sich ändern. Der Nationalrat hat stillschweigend eine Motion von Ruth Humbel (CVP/AG) angenommen. Sie argumentiert, dass mit integrierter Versorgung Kosten gespart werden könnten. Diese Einsparungen würden durch die Mehrwertsteuerpflicht wieder weitgehend abgeschöpft, die Versicherten müssten entsprechend höhere Prämien zahlen. Der Bundesrat hatte sich einverstanden erklärt, die neue Mehrwertsteuer-Ausnahme einzuführen. Die Leistungen zur Organisation der Ärztenetze sollen aber steuerbar bleiben. Darüber muss nun noch der Ständerat befinden.

LÄRM

NR 9.12.19 Das Parlament fordert vom Bundesrat weitere Massnahmen, um die Bevölkerung vor Strassenlärm zu schützen. Kantone und Gemeinden sollen auch in Zukunft finanziell unterstützt werden. Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Er folgte seiner Verkehrskommission und überwies eine Motion des früheren Ständerates Claude Hêche (SP/JU) mit 136 zu 50 Stimmen aus der SVP-Fraktion. Der Bundesrat war einverstanden mit der Motion und zeigte sich bereit, den Nationalen Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung weiterzuführen.

MUTTERSCHAFT

SR 12.12.19 Selbständigerwerbende sollen im Falle einer Mutterschaft Anspruch auf Betriebszulagen erhalten. Das will der Ständerat. Er hat eine Motion aus der SP-Fraktion angenommen. Mit Betriebszulagen wird ein Teil der Kosten entschädigt, die trotz Mutterschaft weiterhin anfallen. Wehrdienstpflichtige erhalten dafür zusätzlich 67 Franken pro Tag. Es sei nicht einzusehen, warum das für Selbständigerwerbende bei Mutterschaft anders sein sollte, heisst es in der Begründung zur Motion. Der Bundesrat hatte sich mit dem Vorstoss einverstanden gezeigt. Die Änderung sei bereits in Arbeit, sagte Sozialminister Alain Berset.

NR 20.12.19 Selbständigerwerbende, die Militär- oder Zivildienst leisten, erhalten aus der Erwerbsersatzordnung (EO) eine Betriebszulage. Für selbständigerwerbende

Mütter, die ebenfalls aus der EO entschädigt werden, ist dies nicht vorgesehen. Das will der Nationalrat ändern. Mit dem Einverständnis des Bundesrats hat die grosse Kammer eine Motion von Min Li Marti (SP/ZH) stillschweigend angenommen. Damit soll ein Teil der Kosten entschädigt werden, die auch dann anfallen, wenn die Person Dienst leistet. Wehrdienstpflichtige erhalten dafür zusätzlich 67 Franken pro Tag. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

NOTFALL

NR 3.12.19 Wer die Notaufnahme eines Spitals aufsucht, soll künftig eine Gebühr von rund 50 Franken bezahlen müssen - es sei denn, er oder sie muss hinterher stationär behandelt werden. Das will der Nationalrat. Die Gebühr soll verhindern, dass Patientinnen und Patienten wegen Bagatellen gleich ins Spital gehen. Der Nationalrat hiess mit 108 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung eine parlamentarische Initiative des ehemaligen GLP-Nationalrates Thomas Weibel (ZH) gut. Darüber muss noch der Ständerat befinden. Stimmt die kleine Kammer zu, kann eine rechtliche Grundlage geschaffen werden für Kantone, die eine Gebühr einführen möchten.

PETITIONEN

SR 19.12.19 Der Ständerat hat sieben Petitionen stillschweigend abgelehnt. Zwei forderten ein Pelzimportverbot in der Schweiz. Ein solches wäre rechtlich und praktisch nur schwer umzusetzen, argumentierte die vorberatende Kommission einstimmig. Auch die Einrichtung einer vom Bund geführten Kontrollinstanz für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) erachtet die kleine Kammer als nicht zielführend. Gleiches gilt für ein generelles Besuchsrecht für Grosseltern, die ihre Enkelkinder bei Streit- oder Scheidungsfällen nur noch selten zu Gesicht bekommen. Drei weitere Petitionen zu anderen Themen wurden ebenfalls verworfen.

NR 20.12.19 Der Nationalrat hat u.a. eine Petition stillschweigend abgelehnt, welche ein nationales Alkoholkonsumverbot an allen Bildungsstätten für Jugendliche forderte. Die vorberatende Kommission argumentierte, dass die Kantone für das Erlassen solcher Regelungen zuständig seien.

PFLEGE

NR 10.12.19 Die Finanzierung des Gesundheitswesens steht vor einem Systemwechsel. Die Kosten für ambulante und stationäre Behandlungen sollen neu unter Krankenkassen und Kantonen aufgeteilt werden. Unter anderem wegen ungeklärter Fragen zur Langzeitpflege leisten die Kantone Widerstand. Der Nationalrat will im Moment trotzdem keine Garantien abgeben. Er hat eine parlamentarische Initiative

seiner Gesundheitskommission abgelehnt, die den Bundesrat beauftragen sollte, die Langzeitpflege in die sogenannte einheitliche Finanzierung aufzunehmen, sobald die Grundlagen dafür vorhanden sind. Mit dieser Zusicherung sollte die Vorlage deblockiert werden. Die Mehrheit war dagegen. Es können nicht sein, dass die Kantone den Kontakt vorgäben, hiess es.

SR 12.12.19 / 19.12.19 Trotz geringen Pflegeaufwands werden betagte Menschen oft ins Heim eingewiesen. Mit betreutem Wohnen könnte ein Heimeintritt verzögert oder ganz vermieden werden. Daher wollen National- und Ständerat diese Wohnform fördern. Die kleine Kammer hat eine Motion überwiesen, die verlangt, dass die Finanzierung von betreutem Wohnen über Ergänzungsleistungen (EL) sichergestellt wird. Der Nationalrat hatte eine entsprechende Bestimmung bereits im Rahmen der letzten EL-Reform beschlossen. Der Ständerat bestand damals aber auf einer ordentlichen Prüfung und Vernehmlassung zu dem Thema.

SR 19.12.19 Die Frist für die Behandlung der Pflegeinitiative im Parlament ist um ein Jahr verlängert worden, bis zum 7. Mai 2021. Der Ständerat tat dies als Zweitrat, nachdem der Nationalrat in der laufenden Session einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative genehmigt hat, über den der Ständerat nun ebenfalls zu befinden hat. Der Gegenvorschlag enthält mehr Kompetenzen für Pflegende bei der Abrechnung ihrer Leistungen mit den Krankenkassen sowie eine Ausbildungsoffensive in der Pflege.

STOCKWERKEIGENTUM

NR 12.12.19 Die Bestimmungen im Zivilgesetzbuch zum Stockwerkeigentum sollen modernisiert werden. Der Nationalrat überwies dazu stillschweigend eine Motion von FDP-Ständerat Andrea Caroni. Das Stockwerkeigentum gebe es seit bald 55 Jahren, hatte der Ausserroder argumentiert. Es präge die Wohnsituation von unzähligen Menschen in der Schweiz und habe sich etabliert. Doch es sei Zeit für ein Update, schrieb Caroni und bezog sich auf einen Bericht, den der Bundesrat im Auftrag des Parlaments bereits erstellt hat. Der Bundesrat will den Auftrag entgegennehmen.

NR 20.12.19 Die Behandlungsfrist für eine parlamentarische Initiative von Petra Gössi (FDP/SZ) hat der Nationalrat um zwei Jahre bis zur Wintersession 2021 verlängert. Die Initiative verlangt verbindliche Haftungsregeln beim Kauf von Stockwerkeigentum. Bei Bauten, die weniger als ein Jahr vor dem Handwechsel neu erstellt worden sind, soll der Käufer das unentgeltliche Recht erhalten, vom Verkäufer die unentgeltliche Behebung von Mängeln zu verlangen.

VORSORGEAUFTRÄGE

NR 20.12.19 Kantone sollen eine Stelle schaffen, bei der Vorsorgeaufträge hinterlegt werden können. An diese soll sich die Erwachsenenschutzbehörde wenden müssen, wenn eine Person urteilsunfähig geworden ist. Das verlangt der Nationalrat vom Bundesrat. Er hat eine Motion des St. Galler FDP-Nationalrats Marcel Dobler stillschweigend angenommen. Dobler erinnerte daran, dass für Testamente eine solche Stelle bereits vorhanden ist. Bei Vorsorgeaufträgen bestehe die Gefahr, dass sie nicht auffindbar seien. Der Bundesrat hatte sich einverstanden erklärt mit dem Auftrag. Darüber muss nun noch der Ständerat befinden.